

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Generalsekretariat
60262 Frankfurt am Main

Email: corporate.secretariat@db.com
Fax: 069 910-85560



Köln, 15.05.2012

Gegenanträge des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur Hauptversammlung der Deutschen Bank am 31. Mai 2012

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 3

Die Mitglieder des Vorstands werden für das Geschäftsjahr 2011 nicht entlastet.

Begründung

Die Deutsche Bank trägt massiv zur Klimaschädigung sowie zum Rüstungs- und Nahrungsspekulationsboom bei. Dabei verstößt sie gegen internationale Übereinkünfte und eigene Maximen. Als Mitglied des Global Compact müsste die Deutsche Bank den Schutz der Menschenrechte fördern und die Entwicklung und Verbreitung umweltfreundlicher Technologien beschleunigen.

Die Deutsche Bank behauptet, es gehöre zu ihrem Selbstverständnis, als „guter Unternehmensbürger“ auch für die Gesellschaft Mehrwert zu schaffen (Jahresbericht 2011). In ihrem Ethik-Kodex (November 2011) erhebt die Bank den Anspruch: „Unser Handeln ist von Verlässlichkeit, Fairness und Ehrlichkeit geprägt.“ Von all dem kann nicht die Rede sein.

1. Spekulation mit Agrarrohstoffen

Etwa eine Milliarde Menschen auf der Erde hungert. Ein Grund dafür: Sie können gestiegene Preise für Nahrungsmittel nicht mehr zahlen. Spekulation mit Agrarrohstoffen kann Nahrungsmittelpreise in die Höhe treiben und Hunger verursachen. Die Deutsche Bank war ein wichtiger Pionier bei der Einführung von Rohstoff-Indizes und trägt mit den verschiedensten Rohstofffonds und anderen Angeboten zu schädlichen Preissteigerungen an den Rohstoffbörsen bei. Laut der Oxfam-Studie „Mit Essen spielt man nicht“ ist die Deutsche Bank heute massiv und vielfältig in alle Stationen rund um die Spekulation mit Nahrungsmitteln verstrickt.

In ihrem Report „Die Hungermacher“ fordert die Verbraucherorganisation foodwatch daher die Deutsche Bank auf, schon allein aus Vorsorgegründen aus der Nahrungsmittelspekulation auszusteigen und darauf zu verzichten, Menschenleben zu gefährden.

Dazu ist die Deutsche Bank bislang nicht bereit. Zwar werden zurzeit keine neuen Produkte aufgelegt, aber die bestehenden werden fortgeführt und verschärft so die globale Hungerkrise.

2. Finanzierung von Rüstungsgeschäften

Die Deutsche Bank scheint der wichtigste Geschäftspartner der Herstellerfirmen des Kampfpanzers Leopard 2 zu sein (Global Investor Statement on the Arms Trade, www.unpri.org/files/2011-07-13_ATT_second_investor_statement_final.pdf). Nach Angaben der Kampagne Facing Finance vergab die Deutsche Bank seit 2009 Kredite an zwei Hersteller, ist Anteilseigner von vier dieser Unternehmen und hält Anleihen von drei Herstellern. Die Deutsche Bank hat als Teil von Banken-Konsortien Kredite an Hersteller in Höhe von über 2,3 Mrd. Euro vergeben.

Die Deutsche Bank investiert in hohem Maße in Firmen, die Atomwaffen und ihre Abschuss-Systeme für die USA, Großbritannien und Frankreich herstellen. Jeder Einsatz von Atomwaffen ist völkerrechtswidrig und hätte katastrophale humanitäre Folgen. Durch die Investition in Atomwaffenhersteller erleichtert die Deutsche Bank den Aufbau nuklearer Streitkräfte. Dies unterminiert alle Bemühungen für eine atomwaffenfreie Welt.

Den Ergebnissen der Studie „Don't Bank on the Bomb“ der Internationalen Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen zufolge unterhält die Deutsche Bank Geschäftsbeziehungen zu 13 führenden Nuklearwaffenproduzenten wie z.B. Alliant Techsystems, BAE Systems oder Lockheed Martin.

Neuen Erhebungen zufolge ist die Deutsche Bank weiterhin an der Finanzierung von Streumunitionsherstellern beteiligt. Auch nach dem offiziellen Ausstiegstermin am 9.11.2011 hat sie nachweislich Kredite an unterschiedliche Streumunitionshersteller vergeben und hält Aktien und Anleihen an denselben. Eigentlich schließt die Deutsche Bank in ihren Rüstungsrichtlinien die Finanzierung kontroverser Waffensysteme wie z.B. Atomwaffen und Streumunition aus. Doch leider enthalten diese Richtlinien diverse Schlupflöcher. Die Deutsche Bank hält sich somit die Türen offen, um auch zukünftig die Nr.1 unter den deutschen Rüstungsfinanzierern zu bleiben.

3. Investition in Kohlekraft

Die Deutsche Bank gehört zu den größten Geldgebern im Bereich Kohlebergbau und -kraft weltweit. Sie steht mit Finanzdienstleistungen in Höhe von fast 11,5 Milliarden Euro auf Platz 6 der weltweit klimaschädlichsten Banken. Unter deutschen Banken ist sie die Nummer 1. Unter anderem hat sie den Börsengang von Coal India vorbereitet, dem größten indischen Kohleproduzenten. Im September 2011 stellte Indiens Rechnungs- und Wirtschaftsprüfer (CAG) fest, dass Coal India 239 Minen in seinen 7 Tochterfirmen ohne Umwelterlaubnis betreibt. Coal India steht zudem immer wieder wegen Korruptions- und Vetterwirtschaftsvorwürfen in der Kritik.

Aktuell bereitet die Deutsche Bank gemeinsam mit anderen Banken den Börsengang des mongolischen Staatskonzerns Tavan Tolgoi vor, der voraussichtlich diesen Herbst 30 Prozent seiner Anteile an die Börse bringen will. Tavan Tolgoi soll in der Wüste Gobi die weltgrößten Koks-Kohlevorkommen besitzen und will diese mit dem Geld des Börsengangs erschließen. Dabei bedroht der wasserintensive Abbau das fragile Wüstengleichgewicht, in dem Wasser bereits jetzt der limitierende Faktor ist. Darüber hinaus trägt jedes neu erschlossene Kohlevorkommen weiter zum Klimawandel bei.

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 4

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden für das Geschäftsjahr 2011 nicht entlastet.

Begründung

1. Aufsichtsrat hat bei der Nachfolgeplanung für den Vorstandsvorsitz versagt

Der Aufsichtsrat und sein Nominierungsausschuss haben bei der Nachfolgeplanung und beim Auswahlverfahren für den Vorstandsvorsitzenden Josef Ackermann versagt. Die große Uneinigkeit innerhalb des Aufsichtsrats einerseits sowie zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden Clemens Börsig und Vorstandschef Ackermann andererseits haben dem öffentlichen Image der Deutschen Bank schweren Schaden zugefügt. Die Einigung auf eine Doppelspitze mit Anshu Jain und Jürgen Fitschen kann nur als Notlösung verstanden werden, nachdem verschiedene andere Kandidaten der Deutschen Bank eine Absage erteilt haben.

2. Investmentbanker übernehmen die Deutsche Bank

Viel schlimmer ist aber, dass durch die Berufung des Investmentbankers Jain zum neuen Vorstandsvorsitzenden (zunächst zusammen mit Jürgen Fitschen) in der Öffentlichkeit und offenbar auch innerhalb der Deutschen Bank der Eindruck entstanden ist, dass die Investmentbanker den Geldkonzern komplett übernehmen (www.wallstreetjournal.com, 16.03.2012). Der zukünftige Ko-Vorstandsvorsitzende Jain hat schon kurz nach seiner Berufung Fakten geschaffen und neue Vorstandsmitglieder berufen, die alle aus dem Investmentbanking stammen. Paul Achleitner, der zukünftige Aufsichtsrats-Chef, ist hier gefordert, seine Kontrollfunktion gegenüber dem Vorstand wahrzunehmen.

3. Aufsichtsrat zog keine Lehre aus der Finanzkrise

Der Aufsichtsrat der Deutschen Bank und die ihn tragenden Anteilseigner scheinen mithin keine Lehre aus der Finanzkrise gezogen zu haben, die ihre Ursache auch im überbordenden Investment- und Spekulationsgeschäft vieler Banken hat. Einem Aufsichtsrat, der nicht bereit ist, das bisherige Geschäftsmodell der Deutschen Bank zu ändern, muss die rote Karte gezeigt werden.

4. Aufsichtsrat war bereit, gegen Corporate Governance Kodex zu verstoßen

Mit der im Sommer 2011 geplanten Nominierung von Josef Ackermann als neuem Aufsichtsrats-Chef der Deutschen Bank plante der Aufsichtsrat einen Verstoß gegen den Deutschen Corporate Governance Kodex. Nur die Intervention von Aktionären verhinderte eine Missachtung guter Unternehmensführung. Das deutsche Aktiengesetz lässt keine Zweifel zu: Jeder Vorstand muss zwei Jahre pausieren, bevor er in den Aufsichtsrat des eigenen Unternehmens einziehen darf. Diese seit dem Jahr 2009 vorgeschriebene sog. „Cooling-off-Periode“ soll die Unabhängigkeit der Kontrollgremien stärken. Eine Ausnahme wäre erlaubt, wenn Aktionäre, die 25 Prozent der Stimmrechte halten, auf der Hauptversammlung, für den direkten Übergang votieren.

Erklärung

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V. wird diese Anträge für das Bündnis *Andere Banken braucht das Land!*, www.andere-banken.de, in der Hauptversammlung der Deutsche Bank AG am 31.05.2012 stellen oder stellen lassen. Das Bündnis wird getragen von der Verbraucherorganisation *foodwatch*, der Kampagne *Facing Finance, Ohne Rüstung Leben. Ökumenische Aktion für Frieden und Abrüstung*, der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation *urgewald* und dem *Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre*.

Der Dachverband wird in der Versammlung den Vorschlägen des Vorstands und des Aufsichtsrats zu diesem Tagesordnungspunkt widersprechen und die anderen Aktionäre veranlassen, für seinen Gegenantrag zu stimmen.

Der Dachverband versichert, Aktionär der Deutsche Bank AG zu sein und bis zum Ende der Hauptversammlung am 31.05.2012 zu bleiben. Der Dachverband der Kritischen Aktionäre fordert die Deutsche Bank AG auf, den Gegenantrag nach §§ 126 und 127 Aktiengesetz mitzuteilen.

Markus Dufner
Geschäftsführer
Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V.